



öffentlich

**Betreff:**  
Azubiwohnen

**Einreicher:** Fraktion SPD

Erstellungsdatum 19.03.2013

Eingang 902:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

03.04.2013 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob Bedarf für den Ausbau von Wohnheimplätzen für Auszubildende in Potsdam besteht. Wenn die Bedarfsprüfung positiv ausfällt, sollen Ansätze entwickelt werden, wie und mit welchen Partnern (städtische und private Unternehmen, öffentliche Partner) die LHP dazu beitragen kann. Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung im September 2013 vorzutragen.

gez. M. Schubert  
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

In Potsdam gibt es ein großes Angebot an Ausbildungsplätzen, welches die Nachfrage durch Potsdamer Jugendliche sogar übersteigt. Viele junge Menschen aus dem Umland und darüber hinaus finden einen Ausbildungsplatz in der Landeshauptstadt. Häufig wünschen sich diese Auszubildenden, ihren Wohnsitz nach Potsdam zu verlegen, um nah bei ihrer Ausbildungsstätte zu wohnen und so Mobilitätskosten zu sparen.

Durch die angespannte Situation auf dem Potsdamer Wohnungsmarkt gelingt es aber immer weniger Auszubildenden, angemessenen Wohnraum zu finden. Aufgrund ihres geringen Einkommens und ihres befristeten Beschäftigungsverhältnisses haben Auszubildende besondere Probleme dabei, Vermieter zu finden, die bereit sind, ihnen bedarfsgerechten Wohnraum zu günstigen Preisen zu überlassen. Gerade bei Jugendlichen, die nicht aus dem Umland stammen, bedeutet das, einen potenziellen Ausbildungsplatz in Potsdam nicht annehmen zu können.

Wir werden von Betroffenen angesprochen, dass die Kapazitäten des Auszubildendenwohnheims des Oberstufenzentrums Johanna Just unzureichend seien und mit ihrer Unterbringung in Mehrbettzimmern nicht mehr den Erwartungen an modernes junges Wohnen entsprechen. Deshalb muss gemeinsam mit Unternehmen, die viel ausbilden, Wege gesucht werden, das Problem zu lösen. Beispiele bieten die Baustandards der Potsdamer Studierendenwohnheime. Ebenso denkbar wären WG-Gruppen im Bestand oder „Belegrechte“ für einen Pool kleiner Wohnungen.